



# WEMID

WERTEORIENTIERTER  
MITTELSTAND DEUTSCHLAND e.V.

Mit Werten Zukunft gestalten.

## NEWSLETTER 22 / 02

Liebe Mitglieder,

liebe WEMID-Freunde,

die wirtschaftliche und politische Großwetterlage ist alles andere als erfreulich. Viele Betriebe haben immer noch mit den Auswirkungen von Corona zu kämpfen und müssen sich längst neuen Unsicherheiten stellen. Energiekrise und Inflation bedrohen sie akut und am Horizont tauchen bereits weitere Gefahren auf. Globale Konflikte verstärken die Gefahren durch Cyberattacken auf Unternehmen, Angriffe auf unsere kritische Infrastruktur und die Störung globaler Lieferketten. Und dann war da noch die Klimakatastrophe, die uns nicht erst in einigen Jahren treffen wird, sondern ihre Vorboten bereits gesandt hat.

Krisenzeiten bieten immer auch die Chance zur Veränderung. Manchmal bedarf es gar einer Krise, um überfällige Reformen endlich anzustrengen. In seinem Beitrag „[Hier schreibt der Vize](#)“ geht unser 1. Vizepräsident auf diese Chancen ein und kommt zu dem Schluss, dass es einer ganz anderen Zeitenwende bedarf. Doch lesen Sie selbst.

Gerade in diesen schwierigen Zeiten braucht es einen starken Verband! Und wir werden stärker: Ich freue mich, dass wir über den Mitgliederbereich auf unserer Homepage das WEMID-Vorteilsprogramm anbieten können. Und ich freue mich, dass WEMID über einen Wissenschaftlichen Beirat einen gewaltigen Kompetenzzuwachs erfahren wird. Näheres hierzu lesen Sie in der Rubrik „[Aus dem Maschinenraum](#)“.

WEMID ist zudem digital aktiver – aber auch im Physischen. Mehr dazu unter „[WEMID aktiv](#)“.

„[Was sonst passiert](#)“ blickt wie immer über unsere Verbandswelt etwas hinaus.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre!

Ihr

Tobias Eder  
Präsident

## Hier schreibt der Vize

**Wir müssen die aktuellen Krisen nutzen, um besser zu werden! Doch die Politik scheint alte Fehler zu wiederholen ... Wir brauchen eine ganz andere Zeitenwende!**

In jedem Unglück liegt bisweilen auch eine Chance. Jeder Fehler bietet die Möglichkeit zu lernen. Corona hat uns unsere Digitalisierungsschwächen aufgezeigt und die Anfälligkeit komplexer globaler Lieferketten. Der Überfall auf die Ukraine führt uns unsere Abhängigkeit von Rohstoffimporten und Handelspartnern vor Augen und damit auch die engen Grenzen unserer internationalen politischen Macht. Desgleichen wird unsere militärische Schwäche zutage getragen. Endlich (!) diskutiert die Politik über die Sicherheit unserer kritischen Infrastruktur, Krisenvorsorge und Zivilschutz.

Und doch bleibt bei mir große Skepsis. Der Verkauf einer deutschen Chipfabrik nach China wurde zwar vom Bundeswirtschaftsministerium gestoppt. Den Hafen-Deal hat das Bundeskanzleramt jedoch durchgeboxt. Bedenken von Experten wurden in den Wind geschlagen. Es steht zu befürchten, dass in Bezug auf China dieselben Fehler begangen werden wie zuvor bei Russland. Bei der Aussicht auf kurzfristige Gewinne werden die mittel- bis langfristigen Risiken ausgeblendet – dabei sind sie beträchtlich.

Ich fand es schon immer irritierend, dass erneuerbare Energien von Teilen der Politik als Öko-Spinnerei abgetan und mit dem Stempel „Ideologie“ versehen wurden. Politiker, die sich „nationale Sicherheit“ auf ihre Fahnen schrieben, hatten offenbar nicht verstanden, dass erneuerbare Energien unser Land unabhängiger und sicherer machen. Je mehr Häuser und Betriebe sich selbst mit Strom versorgen, desto schwieriger wird es für einen Angreifer, einen Blackout herbeizuführen. Wo keine Rohstoffe zur Energieerzeugung importiert werden müssen, ist eine Nation zudem unabhängiger und politisch freier.

Spätestens jetzt müsste das jedem klar sein. Und eigentlich müsste inzwischen auch jeder begriffen haben, dass aller Kriege und sicherheitspolitischer Unwägbarkeiten zum Trotz der Klimawandel wohl die größte Bedrohung sein dürfte – sieht man von einem globalen Atomkrieg einmal ab. Und doch fordert so mancher Politiker, mehr heimische fossile Energie zu nutzen, um der Energiekrise zu begegnen. Hier soll der Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben werden. Dabei finde ich es besonders perfide, wenn (mit wissenschaftlichen Argumenten geführte!) Kritik an Vorhaben wie Fracking als ideologisch zurückgewiesen wird. Als Ideologie würde ich eher das anachronistische Festhalten an fossilen Energieträgern wider jedem wissenschaftlichen Sachverstand bezeichnen.

Es ist auch bemerkenswert, dass Politiker, die den Ausbau des ÖPNV jahrelang behindert und den Schienenverkehr kaputtgespart haben, in der Debatte um das 49-Euro-Ticket die mangelnden Kapazitäten als Gegenargument anführten. Dass ein gut ausgebauter Schienenverkehr nicht nur klimafreundlicher sondern auch sicherheitsstrategisch von Vorteil ist, sei hier am Rande kurz erwähnt.

Fast hätte ich geschrieben, dass wir mehr (wissenschaftlichen) Sachverstand in der Politik benötigen. Doch wir haben diesen Sachverstand. In Ministerien und Behörden, Instituten und unzähligen Gremien sitzen tausende kluger Köpfe. Sie arbeiten an Papieren, Studien und Szenarien mit zum Teil sicherlich herausragender Qualität. Doch das hilft alles nichts, wenn diese Expertise nicht genutzt wird; wenn die politischen Entscheider diese nicht zur Kenntnis nehmen oder einfach beiseite wischen.

Viele der jetzigen Ereignisse waren lange im Voraus absehbar: Explodierende Energiepreise, hohe Inflation, Bedrohung der kritischen Infrastruktur. Vor vielem wurde schon vor Jahren gewarnt. Doch die Rufe verhallten auf den langen Fluren der Politik.

Für mich bedeutet werteorientiertes Handeln, dass politische Entscheidungen auf der Grundlage von (wissenschaftlichem) Expertenwissen getroffen werden. Dabei muss die Politik auf die klügsten Köpfe zurückgreifen, die dieses Land zu bieten hat. Szenarien müssen erarbeitet und entsprechende Reaktionspläne vorhanden sein. Langfristige Stabilität sollte für eine Nation wichtiger sein als kurzfristige Profitabilität. Privatisierungsfanatiker sollten diesem Gedanken etwas längere Beachtung schenken.

Das ist die Zeitenwende, der es bedarf: Mehr (wissenschaftlicher) Sachverstand und langfristiges Denken, weniger politisches Taktieren, Polarisieren und Diffamieren. Eine solche Zeitenwende löst mehr als nur unsere (vergleichsweise kleinen) Probleme mit Russland.

## Aus dem Maschinenraum

### Vorteilsprogramm im digitalen Mitgliederbereich

Auch der Mitgliederbereich unserer Webseite steht nun zur Verfügung. Über diesen können Vorteile bei einer wachsenden Zahl von Partnern genutzt werden. Buchen Sie Ihren nächsten Mietwagen bei SIXT über WEMID und profitieren Sie von unseren Sonderkonditionen!

Neben dem Vorteilsprogramm finden sich Informationen wie die Protokolle der zurückliegenden Mitgliederversammlungen sowie unsere Newsletter im internen Bereich.

### WEMID baut Wissenschaftlichen Beirat auf

Unser Verband hat den Anspruch, seine Projekte und Positionen in hoher Qualität abzuliefern. Hierfür möchten wir auf wissenschaftliche Expertise nicht verzichten. Daher setzen wir in Kürze einen Wissenschaftlichen Beirat ein, der den Verband nachhaltig unterstützen wird. Wir sind dazu bereits im Austausch mit Institutionen und Persönlichkeiten unterschiedlicher Fachrichtungen und freuen uns über die breite Unterstützung die wir bislang erfahren durften. Zeitnah werden wir über die Besetzung informieren.

## WEMID aktiv

### WEMID bei LinkedIn

Wer fortlaufend über Aktivitäten von WEMID informiert werden möchte, kann dies auch über den WEMID-Auftritt bei LinkedIn tun. [Folgen Sie dem Verband](#) und verpassen Sie keine Veranstaltung, keine News oder sonstige Aktivitäten. Kommentieren Sie gerne unsere Posts und streuen Sie sie weiter in Ihrem Netzwerk.

### WEMID mit Impulsvortrag beim Lernkino in Düsseldorf

Am 1. Dezember veranstaltet das Unternehmen mybreev ein sogenanntes Lernkino. Die Teilnahme ist kostenfrei: <https://www.lernkino.com>. Unser Verband wird die Veranstaltung begleiten und dort das Projekt „Werte machen Schule“ vorstellen.

## Was sonst passiert

### Immobilien müssen nicht in bar bezahlt werden – Bargeld bleibt jedoch eine Notwendigkeit für Freiheit

In Deutschland wird wieder über Bargeld diskutiert. Hintergrund ist die Bekämpfung von Geldwäsche. Zweifellos ein wichtiges Thema, dem in Deutschland mehr Ressourcen gewidmet werden müssen; schließlich gilt unser Land noch immer als Geldwäscheparadies. Und sicherlich muss ein Immobilienkauf auch nicht mit Bargeld abgewickelt werden.

Gleichzeitig muss jedoch verhindert werden, dass Bargeld zunehmend verteufelt wird oder gar als grundsätzlich verdächtig gilt. Es ist ein schmaler Grat von der begründeten Kontrolle durch den Staat hin zur gefährlichen Überwachung Unbescholtener. Bei allen guten Argumenten für mehr Sicherheit bleibt zu bedenken, dass Kontrolle stets einen Keim des Missbrauchs in sich trägt. In funktionierenden Demokratien gibt es Instanzen, die diesen Missbrauch mal mehr mal weniger gut begrenzen können. Die Geschichte lehrt uns jedoch, dass Regierungssysteme einem Wandel unterzogen sind.

Daher müssen Unbescholtene stets Rückzugsräume haben, in der sie frei von Kontroll- und Überwachungsmöglichkeiten des Staates agieren können. Das gilt für Kommunikation und Bewegung genauso wie für den Kauf von Waren und Dienstleistungen. Das bedeutet nicht, dass in begründeten Fällen ein breites Instrumentarium an Ermittlungswerkzeugen zum Einsatz kommen kann.

Es dürfte mehr nutzen, wenn der Staat die Mittel im Kampf gegen Geldwäsche erhöht und die Möglichkeiten von Polizei und Staatsanwaltschaft bei konkreten Ermittlungen in Verdachtsmomenten, als eine Bargeldobergrenze einzuführen. Gleichwohl kommt ein Land auch ohne die Freiheit aus, Immobilien in bar zu bezahlen.